

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 31.05.2017, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Verabschiedung des "Strategiepapier Baulandentwicklung"
Vorlage: 0891/2016
3. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ und die Fortführung des gemeinsamen Familienhebammendienstes
Vorlage: 0965/2017
4. Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017
Vorlage: 0973/2017
5. Genehmigung von außer- bzw. überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 GO NRW für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 0969/2017
6. Information der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 1. Quartal 2017
Vorlage: 0974/2017
7. Vorlage und Weiterleitung des Jahresabschlusses 2016
Vorlage: 0976/2017
8. Antrag der CDU-Fraktion zur Parkzeitverlängerung im Innenstadtbereich
Vorlage: 0963/2017
9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beteiligung der Stadt Geilenkirchen am Interreg V-A Euregio Maas-Rhein Projekt "Blütenband"
Vorlage: 0975/2017
10. Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP auf Umsetzung des Konzeptes zur Entwicklung der Fliegerhorstsiedlung im Stadtteil Neu-Teveren
Vorlage: 0977/2017
11. Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP auf Benennung einer Sachkundigen Bürgerin für den Ausschuss Bildung, Soziales, Sport und Kultur
Vorlage: 0978/2017
12. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
13. Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Nikolaus Bales
3. Marko Banzet
4. Hans-Jürgen Benden
5. Maja Bintakys-Heinrichs
6. Karola Brandt
7. Karl-Peter Conrads
8. Jennifer Diederichs
9. Helmut Gerads
10. Johann Graf
11. Christoph Grundmann
12. Theresia Hensen
13. Horst-Eberhard Hoffmann
14. Karin Hoffmann
15. Rainer Jansen
16. Michael Kappes ab TOP 8
17. Nils Kasper
18. Thomas Klein
19. Wilfried Kleinen
20. Heinz Kohnen
21. Christian Kravanja
22. Leonhard Kuhn
23. Stefan Mesaros
24. Manfred Mingers
25. Willi Münchs
26. Uwe Neudeck
27. Hans-Josef Paulus bis TOP 15
28. Barbara Slupik
29. Lars Speuser
30. Raimund Tartler
31. Ruth Thelen
32. Ernst Michael Thielemann
33. Harald Volles
34. Kirsten vom Scheidt
35. Max Weiler
36. Wilhelm Josef Wolff

von der Verwaltung

37. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
38. Daniel Goertz
39. Peter Klee
40. Technischer Beigeordneter Markus Mönter

Protokollführer

41. Tina Beckers-Offermanns

Es fehlten:

42. Gabriele Kals-Deußen

43. Manfred Schumacher

44. Michael van Dillen

Bürgermeister Schmitz eröffnete um 18:00 Uhr die 25. Sitzung des Rates und hieß die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter der Medien herzlich willkommen. Die Einladung zur Sitzung sei form- und fristgerecht zugestellt worden. Es habe keine Änderungswünsche für die festgelegte Tagesordnung oder Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. Sitzung gegeben. Er entschuldigte an dieser Stelle die Stadtverordneten Schumacher und Kals-Deußen und teilte mit, dass der Stadtverordnete Kappes etwas verspätet eintreffen werde. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest und erklärte, dass sich niemand zu einem Punkt der Tagesordnung für befangen erklärt habe.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass zukünftig Anlagen zu Vorlagen, die mehr als zehn Seiten umfassen und bei denen keine rechtliche Notwendigkeit besteht, nur noch digital zur Verfügung gestellt würden. Auf diese Weise trage die Verwaltung zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bei und mindere darüber hinaus anfallende Kosten für den Druck der Unterlagen.

b) Bürgermeister Schmitz informierte weiter darüber, dass bzgl. der Errichtung der Lichtzeichensignalanlage durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW im Bereich der L 42, Einmündung Chorherrenstraße der Petitionsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen in seiner Sitzung am 02.05.2017 einen Beschluss gefasst und diesen sowohl dem Petenten (Herrn Gero Ronneberger) als auch der Stadt zur Kenntnisnahme übersandt habe. Im Ergebnis werde die Landesregierung gebeten, innerhalb von zwei Jahren nach Inbetriebnahme der Lichtzeichensignalanlage zu berichten, welche Auswirkungen die Anlage auf den Verkehr habe. Weiterhin sei der Petitionsausschuss der Meinung, es habe eine mangelnde Beteiligung des Rates der Stadt im Verfahren gegeben und er bitte die Stadt, durch Ratsbeschluss festzustellen, ob als Alternativmaßnahme ein Kreisverkehr gewünscht sei.

Aus Sicht der Verwaltung sei eine erneute Beschlussfassung im Stadtrat entbehrlich, da sich der Rat der Stadt nach Vorberatung in der Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 12.04.2016, bereits in seiner Sitzung am 27.04.2016 aufgrund eines Antrags der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP mit der Errichtung eines Kreisverkehrs befasst und folgenden Beschluss gefasst habe:

„Die Verwaltung werde beauftragt, intensive Gespräche mit dem zuständigen Straßenbaulastträger mit dem Ziel zu führen, dass dieser an der genannten Stelle statt einer Ampelanlage einen Kreisverkehr erstellt. Dabei sind sowohl eine langfristige Kosten-Nutzen-Betrachtung wie auch die mit dem Bau der B 221n zu erwartenden Verkehrsflüsse zu würdigen. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen ist dem Umwelt- und Bauausschuss zu berichten. Die für den Bau und die Pflege entstehenden Kosten sollen vom zuständigen Baulastträger getragen werden. Der Kreisverkehr soll, falls genehmigt, ohne erhebliche Zeitverzögerung umgesetzt werden.“

**TOP 2 Verabschiedung des "Strategiepapier Baulandentwicklung"
Vorlage: 0891/2016**

Stadtverordneter Benden erklärte, dass in der Vorlage davon die Rede sei, dass „...zwischenzeitlich (...) nun eine Bestandsaufnahme über potenzielle Kapazitäten an Bauflächen (Baulücken)...“ erstellt worden sei. Diese Bestandsaufnahme sei der Einladung nicht beigefügt.

Beigeordneter Mönter erklärte die Herangehensweise zur Entwicklung des Strategiepapiers. Im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen einer Ratssitzung schlug er vor, Fragen zu bestehenden Baulücken in Einzelgesprächen zu beantworten.

Stadtverordneter Benden entgegnete, dass das Strategiepapier seines Erachtens nicht sauber ausgearbeitet sei. Es fehle bspw. die Berücksichtigung der Bedarfe von Alleinlebenden bzw. Alleinerziehenden. Für seine Fraktion sei das Papier zu kurz gedacht und daher werde sie dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen.

Beschluss:

Dem vorgelegten Strategiepapier „Baulandentwicklung“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	30
Nein:	5
Enthaltung:	0

**TOP 3 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einrichtung einer Koordinierungsstelle
„Frühe Hilfen“ und die Fortführung des gemeinsamen Familienhebammendienstes
Vorlage: 0965/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Frühe Hilfen“ und die Fortführung des gemeinsamen Familienhebammendienstes zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
-----	----

Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017
Vorlage: 0973/2017

Stadtverordneter Grundmann berichtete von einem Gespräch mit der Gewerkschaft verdi. Diese habe ihm mitgeteilt, dass drei Wochen vor einer geplanten Veranstaltung die Gewerkschaft über diese zu informieren sei, damit eine Stellungnahme möglich werde. Diese Fristen seien im Falle der verkaufsoffenen Sonntage nicht eingehalten worden. Bedauerlich finde er die Absage der Culinara und die Bündelung der verkaufsoffenen Sonntage auf ein Quartal.

Stadtverordneter Paulus erinnerte an das aktuelle Bestreben einiger Großkonzerne, das Ladenöffnungsgesetz zu verändern. In diesem Zuge ergebe sich eventuell eine neue Ausgangssituation auch für das Verhalten auf kommunaler Ebene.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Kleinen antwortete Beigeordneter Brunen, dass man sich beim weiteren Vorgehen eng an die Vorgaben der Gewerkschaft halte. In der Arbeitsgruppe mit dem Aktionskreis stünde ein Vorschlag für die verbleibenden verkaufsoffenen Sonntage kurz vor dem Abschluss. Er betonte, dass verdi keine Genehmigungsbehörde sei; die Gewerkschaft sei gleichberechtigt mit anderen Institutionen wie bspw. der Handwerkskammer anzuhören. Für verdi seien Informationen über die Frequentierung der Feste besonders wichtig. Dies werde anhand von Zeitungsberichten dokumentiert.

Stadtverordneter Benden stimmte dem Stadtverordneten Grundmann zu und gab zu Bedenken, dass die Besucherzahlen zur Culinara hoffentlich hoch genug seien, um die Durchführung im kommenden Jahr zu ermöglichen. Er mahnte die Verwaltung, den Aktionskreis wie auch den Rat eine Ausgewogenheit zwischen den Veranstaltungsorten Marktplatz und Friedlandplatz zu achten.

Beigeordneter Brunen zeigte auf, dass der Aktionskreis Veranstalter der Aktionen zu den verkaufsoffenen Sonntagen sei und er selbst auf den verkaufsoffenen Sonntag zur Culinara verzichtet habe.

Stadtverordneter Jansen ging auf den Kontakt der Stadt Geilenkirchen zur Gewerkschaft verdi ein und fragte, wie eng die Kooperation mit der Gewerkschaft nun sei und die Stadt hier vielleicht noch initiativ tätig werden solle.

Beigeordneter Brunen entgegnete, dass die Stadt persönlich mit der Gewerkschaft gesprochen habe. Diese könne nicht jeden Einzelfall vor Ort abklären, sondern vielmehr im Rahmen ihres Beteiligungsrechts unterrichtet werden. Den Umfang dieser Informationen habe die Stadt abgestimmt.

Stadtverordneter Banzet erörterte das Verhalten des Vorstandes des Aktionskreises, mit dem nicht alle Mitglieder einverstanden gewesen seien. Er schloss sich seinen Vorrednern an und äußerte die Hoffnung, dass die Culinara auch ohne verkaufsoffenen Sonntag genügend Besucher anziehen werde. Er fragte nach, mit welchem zeitlichen Vorlauf die Culinara doch hätte stattfinden können.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Aufhebung der alten Verordnung aufgrund des Gerichtsurteils notwendig gewesen sei und nochmals komplett neu begonnen werden musste.

Das Signal die Culinara ohne verkaufsoffenen Sonntag durchzuführen, sei vom Aktionskreis gekommen.

Stadtverordneter Gerads stimmte dem Beigeordneten in seinen Aussagen zu.

Stadtverordneter Jansen meinte, dass achteinhalb Wochen seit dem Gerichtsurteil vergangen seien und er wissen wolle, wer die Absage des verkaufsoffenen Sonntags verantwortete.

Bürgermeister Schmitz wiederholte die Aussage des Beigeordneten, dass der Aktionskreis den verkaufsoffenen Sonntag zur Culinara als Veranstalter abgesagt habe.

Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass die Verwaltung seines Erachtens seit dem Gerichtsurteil alles richtig gemacht habe. Wenn die Befürchtung einer schlechten Frequentierung der Culinara eintrete, werde die Vermutung der Gewerkschaft nur bestätigt – dann sei tatsächlich der verkaufsoffene Sonntag ausschlaggebend für die Besucherströme und nicht etwa die Veranstaltung selbst.

Stadtverordneter Weiler bat um Abstimmung über den Tagesordnungspunkt und schlug abschließend vor eine Arbeitsgruppe mit politischen Vertretern, Vertretern der Verwaltung und des Aktionskreises zu gründen. Er äußerte seine Zuversicht, dass die Angelegenheit der verkaufsoffenen Sonntage im kommenden Jahr positiver verlaufe und er bestes Vertrauen in die Verwaltung habe.

Beschluss:

Die am 15.02.2017 vom Rat beschlossene Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017 in der Stadt Geilenkirchen wird aufgehoben. Über eine neue Verordnung wird nach Abschluss des vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens in der Sitzung am 12.07.2017 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 5 Genehmigung von außer- bzw. überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
gem. § 83 Abs. 2 GO NRW für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 0969/2017

Beschluss:

Der Rat genehmigt die überplanmäßigen Auszahlungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 6 Information der Verwaltung über die Entwicklung der Haushaltslage im 1. Quartal 2017
Vorlage: 0974/2017

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Jansen erklärte Herr Goertz, dass die Grundsteuer B ein Gesamtvolumen von 4,6 € aufweise. Prozentual betrachtet halte sich eine Abweichung von 50.000 € vor diesem Hintergrund in Grenzen. Darüber hinaus rechne er mit weiteren Einnahmen bei der Grundsteuer B. Die Mehraufwendungen im Bereich Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen sei auf die höheren Aufwendungen im Bereich der Asylbewerberheime zurückzuführen. Nach der Abrechnung der Unterhaltungskosten sei klar geworden, dass der Ansatz hier nicht ausreiche.

Auf die Rückfrage des Stadtverordneten Kasper entgegnete Herr Goertz, dass das Hallenbad bisher keine Erträge oder Aufwendungen verursache sondern lediglich Investitionskosten, so dass es hier nicht aufgeführt werde. Zur Vorsteuerproblematik bzgl. des Schwimmbades gebe es noch keine Neuigkeiten. Das Finanzamt habe Ende März/Anfang April eine Sonderprüfung durchgeführt. Der Abschlussbericht stehe noch aus.

Der Rat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 7 Vorlage und Weiterleitung des Jahresabschlusses 2016
Vorlage: 0976/2017

Beschluss:

Der Rat leitet den Jahresabschluss 2016 zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion zur Parkzeitverlängerung im Innenstadtbereich
Vorlage: 0963/2017

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass unter diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag der CDU Fraktion behandelt werde, der eine Parkzeitverlängerung beinhalte. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung habe sich eingehend mit dem Thema beschäftigt und einen von der Vorlage abweichenden Beschlussvorschlag formuliert, der in einem Beiblatt festgehalten worden sei. Er erteilte dem Stadtverordneten Weiler das Wort, um den Antrag seiner Fraktion vorzustellen.

Stadtverordneter Weiler führte aus, dass der Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss im Grunde so beibehalten werden solle. Er wies jedoch darauf hin, dass seine Fraktion eine Vereinheitlichung der Parkdauer im gesamten Innenstadtbereich für erstrebenswert halte und daher auch die Parkplätze am Bahnhof und der Kreishandwerkerschaft auf 1,5 Stunden Parkdauer begrenzt werden sollten. Darüber hinaus machte er seine Zweifel an der Entlastung der Parkplatzsituation in der Innenstadt durch den Bau des Parkhauses am Krankenhaus deutlich.

Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass seine Fraktion nach wie vor eine andere Meinung vertrete. In der Innenstadt herrsche ein Mangel an Kurzzeitparkplätzen, um schnell etwas zu erledigen. Mit dem Antrag werde ein falsches Signal für die Geschäftsleute in der Innenstadt gesetzt.

Stadtverordneter Benden teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag nicht mittragen werde und selbst im März einen Antrag zur Aufarbeitung der Verkehrsführung und -planung gestellt habe, der seitens der CDU Fraktion abgelehnt worden sei. Nun werde ein Punkt aus dem damaligen Antrag separat betrachtet. Darüber hinaus gebe er dem Stadtverordneten Kravanja Recht und plädiere auch für die Beibehaltung der Parkdauer von zwei Stunden auf den beiden Parkplätzen an der Kreishandwerkerschaft bzw. dem Bahnhof. Er betonte, dass die Überwachung des ruhenden Verkehrs mit einer Verlängerung der Parkdauer direkt verbunden sei. Ohne Aufstockung des Personals in diesem Bereich sei eine Überwachung nicht möglich. Er werde dem Antrag nur unter zwei Bedingungen zustimmen: der Aufstockung des Personals des Ordnungsamtes wie auch der Beibehaltung der zwei Stunden Parkdauer auf den genannten Parkplätzen.

Stadtverordneter Grundmann stimmte zu, dass zusätzliches Personal zur Überwachung des Verkehrs auch für ihn eine der Voraussetzungen sei und ein Konzept seines Wissens im kommenden Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werde. Ansonsten stimme seine Fraktion dem Antrag wie im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung besprochen zu.

Stadtverordneter Weiler ging auf die Bemerkung des Stadtverordneten Benden ein und erklärte die Motivation der CDU Fraktion einen eigenen Antrag zu stellen. Er wiederholte die wie wichtig aus Sicht seiner Fraktion eine einheitliche Parkdauer im gesamten Innenstadtbereich sei und verlas folgenden Satz aus dem geänderten Beschlussvorschlag: „(...) Die Umsetzung soll erfolgen, wenn das zur Parkraumüberwachung erforderliche Personal zur Verfügung stehe.“. Damit sei der Forderung der Grünen und auch der SPD Rechnung getragen.

Stadtverordneter Gerads stellte fest, dass durch die Verlängerung der Parkdauer einem Kunden nun ein Parkplatz weggenommen werde. Dies ließe sich nicht wegdiskutieren.

Stadtverordneter Benden wiederholte, dass seine Fraktion eine umfassende und einheitliche Lösung für die Verkehrsführung in der Innenstadt anstrebe. Dem Antrag der CDU Fraktion – der nur einen Teil des geforderten Gesamtkonzeptes abdecke – werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Stadtverordneter Mesaros meinte, dass ihn die Chronologie der Einbringung der Anträge nicht wirklich interessiere. Vielmehr stimme er dem Stadtverordneten Kravanja zu, dass zu wenige Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt vorhanden seien. Zudem werde die Vereinheitlichung der Parkdauer dem bestehenden Problem nicht gerecht. Die zweistündige Parkdauer auf den anderen Parkplätzen würde er beibehalten.

Beschluss:

Die Parkzeiten im direkten Innenstadtbereich werden auf 1,5 Stunden verlängert. Diese Maßnahme soll verbunden werden mit der Installation eines Parkleitsystems durch entsprechende Schilder. Die Umsetzung soll erfolgen, wenn das zur Parkraumüberwachung erforderliche Personal zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	21
Nein:	12
Enthaltung:	3

TOP 9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beteiligung der Stadt Geilenkirchen am Interreg V-A Euregio Maas-Rhein Projekt "Blütenband" Vorlage: 0975/2017

Stadtverordneter Benden erklärte, dass der Kreis Heinsberg für das Projekt 10.000 € zur Verfügung gestellt habe und Projektpartner die Naturschutzstation Wildenrath sei. Er erläuterte die verschiedenen im Antrag geschilderten Zielsetzungen des Projektes und nannte beispielhaft den Rundweg um Immendorf, der einen Mehrwert für das Dorf darstelle. Darüber hinaus beinhalte das Projekt nicht nur die Neuanlage von bspw. Obstwiesen sondern auch zahlreiche Aktionen wie Baumschnitt-Schulungen. Die Kostenbeteiligung der Stadt sei mit 1.100 € überschaubar. Er werbe für eine Beteiligung, da in NRW der Bestand an Obstwiesen massiv zurück gehe und ein Beitrag Geilenkirchens zum Erhalt der Wiesen sicherlich positiv sei.

Stadtverordneter Grundmann stellte nach § 13 Abs. 1 Ziffer c) der Geschäftsordnung einen Antrag auf Verweis des Tagesordnungspunktes in den Umwelt- und Bauausschuss. So bestehe die Möglichkeit, die Thematik im Fachausschuss eingehend zu beraten.

Dem Stadtverordneten Benden wurde Gelegenheit zur Gegenrede gegeben. Er erörterte, dass er den Antrag zur Geschäftsordnung gut nachvollziehen könne. Die Motivation den Antrag „Blütenband“ direkt für den Rat zu stellen, sei darin begründet, dass der NABU die Stadtverwaltung bereits am 26.07.2016 zwecks Teilnahme am Projekt angeschrieben habe. Dem Schriftverkehr zwischen NABU und Verwaltung sei zu entnehmen, dass das Projekt zunächst wegen fehlender Mittel abgelehnt worden sei. Seitens der Stadt sei nicht mehr nachgegangen worden und an das Projekt habe er nun in Form des Antrags erinnern müssen. Dieser Vorgang hätte seines Erachtens an den Rat herangetragen werden müssen. Informationen hätten die Ratsmitglieder jedoch nicht erhalten. Dies sei für ihn nicht haltbar.

Beigeordneter Mönter erklärte, dass die Verwaltung den Projektantrag durchaus positiv gesehen habe und auf weitere Unterlagen bzw. Informationen seitens der Antragsteller gewar-

tet habe. Diese seien aber nicht eingetroffen. Die Informationen seien nicht weitergegeben worden, da sie als nicht beratungsreif angesehen wurden.

Beschluss:

Der Antrag zur Geschäftsordnung wurde einstimmig angenommen. Der Tagesordnungspunkt „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beteiligung der Stadt Geilenkirchen am Interreg V-A Euregio Maas-Rhein Projekt Blütenband“ wurde zur Beratung in den Umwelt- und Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 10 Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP auf Umsetzung des Konzeptes zur Entwicklung der Fliegerhorstsiedlung im Stadtteil Neu-Teveren Vorlage: 0977/2017

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass es vorliegend um einen Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP auf Umsetzung des Konzeptes zur Entwicklung der Fliegerhorstsiedlung und fortlaufende Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung gehe. Die Fraktion habe nun Gelegenheit, den Antrag zu erläutern.

Stadtverordneter Kleinen erläuterte, dass die Umsetzung des Konzeptes seitens der Verwaltung natürlich betrieben werde. Mit dem Antrag rege die Fraktion an, die Gespräche intensiviert zu suchen und das Konzept im Hinblick auf die Investitionen der BImA in Soest nicht aus den Augen zu verlieren sondern proaktiv zu verfolgen und den Ausschuss fortlaufend hierüber zu informieren.

Stadtverordneter Weiler teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze, auch wenn bekannt sei, dass sowohl die Verwaltung als auch der Ortsvorsteher Teverens ständig in Kontakt mit der BImA seien.

Stadtverordneter Jansen stimmte zu, erinnerte jedoch daran, dass der in der Anlage zum Antrag genannte Stadtteil in Soest kaum mit der Fliegerhorstsiedlung vergleichbar sei und die Investitionsentscheidung der BImA vor allem vor diesem Hintergrund zu sehen sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die konstruktiven und lösungsorientierten Gespräche und Verhandlungen zur weitest gehenden Umsetzung des Konzeptes zur Entwicklung der Fliegerhorstsiedlung Neu-Teveren mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) wiederauf-

zunehmen und über den Fortgang in den Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung fortlaufend zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 11 Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP auf Benennung einer Sachkundigen Bürgerin für den Ausschuss Bildung, Soziales, Sport und Kultur
Vorlage: 0978/2017**

Nachdem Stadtverordneter Grundmann auf die Beachtung des Proporz von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern sowie Ratsmitgliedern hingewiesen hat erklärte Stadtverordneter Kleinen, dass er sich diesbezüglich vor Einbringung des Antrags mit der Verwaltung besprochen habe.

Beschluss:

Stadtverordneter Wilfried Kleinen verlässt als Ausschussmitglied den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur. Frau Sophia Kleinen wird als Sachkundige Bürgerin für diesen Ausschuss als Nachfolgerin verpflichtet und benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	1

TOP 12 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

a) Die schriftliche Anfrage des Stadtverordneten Klein ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Bürgermeister Schmitz führte zur Anfrage aus, dass er die Fragen, die ihn am 29. Mai erst erreicht hätten, schriftlich beantworten. Eines könne er kurz sagen: selbstverständlich sei die Polizei für die Überwachung auch der Kriminalität auch in unserer Stadt zuständig und müsse auch präventiv tätig werden – aber das werde er als Polizeibeamten ja wissen. Davon abgesehen sei ihm bei einem Treffen mit der Polizeiführung am Montag den 22. Mai 2017 in seinem Büro mitgeteilt worden, dass Geilenkirchen bei der Entwicklung der Kriminalität keineswegs auffällig sei oder herausrage.

b) Stadtverordneter Hoffmann ging auf einen E-Mail-Verkehr zum Thema Parkhaus hinter dem Rathaus ein und fragte nach, ob die Aussage des Beigeordneten Brunen in der Mail „(...) eine konsequente Überwachung einer Parkzeitbegrenzung führt (dazu), dass das Parkhaus kaum noch genutzt wird und viele Parkflächen damit ungenutzt bleiben.“ wirklich so korrekt sei oder eher der Unterbesetzung des Amtes 32 geschuldet sei.

Beigeordneter Brunen bestätigte, dass dies den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen der Parkzeitenüberwachung entspreche und dies keine Reaktion auf einen Personalmangel sei.

c) Stadtverordneter Grundmann verlas eine Mail mit Fragen zum Kindergarten in Teveren. Hierauf antwortete Beigeordneter Mönter, dass es im Außenbereich tatsächlich Verzögerungen gegeben habe. Mittlerweile seien die Arbeiten jedoch weit fortgeschritten. Zum anderen seien die Innenarbeiten natürlich nicht nur nach Feierabend des Kindergartens bzw. am Wochenende möglich.

d) Stadtverordneter Benden fragte nach, inwiefern die Parkplätze vor der noch nicht aktiven Ladesäule überwacht würden. Er habe dort schon häufiger parkende Autos vorgefunden.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass im Rathaus derzeit Karten für das NATO Fest von NATO Angehörigen ausgegeben würden. Für diesen kurzen Zeitraum habe er auf Nachfrage das Parken für die Bediensteten der NATO für diesen Zweck dort erlaubt.

e) Stadtverordneter Weiler informierte die Anwesenden über Hinweise eines Sehbehinderten über bestehende Mängel zur Barrierefreiheit in der Innenstadt. So gebe es Mängel an der Ampelanlage Theodor-Heuss-Ring/Konrad-Adenauer-Str./Nikolaus-Beckers Str.; außerdem seien defekte Ampelkästen vorhanden. Da hier ein enormes Gefährdungspotenzial für Sehbehinderte bestehe, bitte er um Weiterleitung dieser Informationen an die zuständige Stelle zwecks Behebung.

f) Auf Nachfrage der Stadtverordneten Slupik erklärte Bürgermeister Schmitz, dass die Anfahrt zum NATO Fest über Stahe erfolge und der Zutritt ausschließlich über das West-Gate stattfindet. Von Geilenkirchen aus sei ein Shuttle-Service eingerichtet.

g) Auf Nachfrage des Stadtverordneten Jansen antwortete Bürgermeister Schmitz, dass bisher keine Abweichungen vom Zeitplan des Bauvorhabens bekannt seien und die Verwaltung von einem fristgerechten Verlauf ausgehe. Die Erfahrung in den vergangenen Jahren habe gezeigt, dass eine Abschaltung der Ampelanlage insbesondere aufgrund der erhöhten Unfallgefahr in den Wintermonaten und Abendstunden nicht begrüßenswert sei.

h) Stadtverordneter Thielemann fragte nach, wann Reparaturarbeiten am Kinderspielplatz Wurmauenpark vorgenommen würden.

Bürgermeister Schmitz versicherte, dass alles schnellstmöglich repariert werde und entsprechende Arbeitsaufträge schon erteilt seien.

a) Herr Ronneberger gab den Hinweis, dass die EU öffentliche W-Lan Hotspots im Rahmen des Programms „WiFi4EU“ fördere.

Bürgermeister Schmitz dankte für den Hinweis.

b) Herr Nickels fragte nach, wann in Geilenkirchen Ladestände für e-bikes eingerichtet würden. In allen Städten im Umkreis seien diese verfügbar. Ein diesbezügliches Gespräch habe er mit der Verwaltung bereits vor einigen Monaten geführt.

Beigeordneter Mönter erwiderte, dass die Stadt an einem kreisweiten Projekt zur Einrichtung von Ladestationen für e-bikes teilnehme und eine Station in Kürze in Geilenkirchen installiert werde.

Herr Nickels entgegnete, dass er nicht das kreisweite Projekt meine, sondern eine einfache Vorrichtung zum Laden bspw. an Cafés.

Bürgermeister Schmitz nahm die Anregung auf.

c) Herr Wetzler erkundigte sich, warum die Ampelanlage an der Kreuzung in Teveren nun fest installiert werde. Vorgesehen sei doch nur eine Bauampel.

Bürgermeister Schmitz antwortete, dass nicht nur ein Provisorium geplant gewesen sei. Die Verkehre würden nun beobachtet und erst bei Bedarf eine andere Lösung für die Kreuzung gesucht.

Herr Wetzler fragte weiter, wann die Sirenenanlage in Grotenrath installiert werde. Bürgermeister Schmitz konnte ihm diesbezüglich keine Auskunft geben.

d) Auf Nachfrage von Herrn Ronneberger erklärte Bürgermeister Schmitz, dass die Aufnahmen der Überwachungskameras im Parkhaus am Bahnhof nach 72 Stunden ausgewertet und danach gelöscht würden. Ob ein längerer Zeitraum aufgenommen werden könne, müsse mit der Herstellerfirma abgestimmt werden.

e) „Bürger Josef?“ erklärte, dass das Verkehrsaufkommen in Gillrath trotz Eröffnung der B 56n nach wie vor enorm sei und nicht abgenommen habe. Er fragte nach, was die Stadt hier unternehmen werde und teilte mit, dass bspw. die Beschilderung auf der B 221 um Geilenkirchen herum noch nicht mit Hinweisen auf die B 56n versehen worden sei.

Bürgermeister Schmitz meinte, dass die Beobachtung bereits an die Stadt herangetragen worden sei und man die Entwicklung in den kommenden Wochen abwarte.

Sitzung endet um: 20:10

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Bürgermeister Georg
Schmitz